

Helmut Maier, Chemiker im »Dritten Reich«. Die Deutsche Chemische Gesellschaft und der Verein Deutscher Chemiker im NS-Herrschaftsapparat, Weinheim: Wiley-VCH 2015, X, 731 S., EUR 99,00 [ISBN 978-3-527-33846-7]

Besprochen von **Martin Meier**: Warin, E-Mail: martinmeier05@aol.com

<https://doi.org/10.1515/mgzs-2017-0119>

Anlässlich ihres fünfzigjährigen Jubiläums bekannte sich die Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) noch 1999 zur traditionswürdigen Arbeit ihrer Vorläuferorganisationen.

Zwei Jahre später jedoch begann die Aufarbeitung der Verstrickung der Deutschen Chemischen Gesellschaft (DChG) und des Vereins Deutscher Chemiker (VDCh) in den NS-Herrschaftsapparat durch eine von der Gesellschaft Deutscher Chemiker eingesetzte historische Kommission. 2007 fasste die Gesellschaft den Entschluss, dem Bochumer Professor für Technik- und Umweltgeschichte Helmut Maier die Aufarbeitung ihrer wechselvollen Geschichte zu übertragen. Maiers Arbeitsergebnisse liegen nun als Monografie vor.

Aufgabenumfang, Institutionalisierungsgrad und Einsatzgebiete von Chemikern wuchsen in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs enorm. Zahlreiche Gesell-

schaften und Vereine entstanden. Am 11. November 1867 wurde auf Initiative des späteren Nobelpreisträgers Adolf von Bayer in Anlehnung an das britische Vorbild die DChG gegründet. Sie entwickelte sich innerhalb von zehn Jahren zu einer internationalen Institution, der Chemiker verschiedenster Nationen angehörten. Sie besaß wesentlichen Anteil am weltweiten naturwissenschaftlichen Renommee Deutschlands.

Im Gegensatz zur DChG galt der VDCh als innenpolitisch relevante nationale Interessenvertretung und verfügte dementsprechend kaum über ausländische Mitglieder. Der VDCh war 1896 aus der Deutschen Gesellschaft für angewandte Chemie hervorgegangen. Während der VDCh in erster Linie eine Interessenvertretung der institutionell verankerten deutschen Gelehrtenschaft war, stellte die DChG eine wissenschaftliche Gesellschaft dar.

Ausgehend von einem kurzen Abriss zur Geschichte der Chemie 1850–1933 zeichnet Maier in sieben umfassenden Kapiteln die Arbeit der chemischen Gesellschaften in der NS-Zeit nach. Er betont zunächst die herausragende Rolle deutscher Wissenschaftler an der Ausformung der Chemie zur Naturwissenschaft. Er hebt die Leistungen auf den Gebieten der organischen und der physikalischen Chemie hervor. »Die bis 1900 erlangte vielzitierte »Weltgeltung« [Deutschlands] war kein Sublimat selbstverliebter Jubiläumsprosa, sondern manifestierte sich in harten ökonomischen Zahlen. Das Gros der weltweiten Farbenproduktion stammte aus deutschen Fabriken (1912: 86 %) – die *lingua Franca* der Chemie war die deutsche Sprache« (S. 12).

Gerade die Physikochemiker nahmen im Kaiserreich eine führende Rolle bei der Institutionalisierung der Chemie ein. Walter Nernst und Fritz Haber, beide Professoren für physikalische Chemie, trieben die enge Verbindung von Politik und Wissenschaft voran. Ohne Nutzung moderner chemischer Technologien wäre der Erste Weltkrieg für Deutschland nicht führbar gewesen. Die Modernisierung der Kriegführung war gebunden an den chemisch-technischen Fortschritt. Werkstoff-, Kampfstoff- und Treibstoffforschung sowie der Einsatz künstlicher Düngemittel waren für Deutschland militärisch unverzichtbar.

So nimmt es wenig Wunder, dass auch die Nationalsozialisten in der chemischen Industrie eine Schlüsselbranche erkannten, die zur Verwirklichung eigener innen- und außenpolitischer Ambitionen unverzichtbar war. Dies wiederum eröffnete den Chemikern Spielräume im Hinblick auf eine eigene Interessenpolitik. Der Vierjahresplan und die rasante Aufrüstung boten berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, die vorher so nicht vorhanden waren. Für die DChG stellte dieser Aufschwung in personeller Hinsicht zunächst ein zweischneidiges Schwert dar. Einerseits kooperierte die Gesellschaft ab 1935 mit dem Heereswaffenamt sowie ab 1938 mit der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau und profitierte in vielerlei Hinsicht, andererseits verschärfte sich hierdurch ihr Personalmangel. Die staatli-

chen Stellen und großen Rüstungsbetriebe warben Chemiker aus der Gesellschaft ab. Der Arbeitskräftemangel wurde durch die Vertreibung der jüdischen Mitglieder der DChG noch verschärft.

Sich diesem Forschungskomplex zuwendend, verdeutlicht Maier die erheblichen Unterschiede zwischen VDCh und DChG. Der VDCh vollzog in den ersten beiden Jahren nationalsozialistischer Herrschaft eine Gleichschaltung ohne zwangsweise staatliche Eingriffe. Auch die »Arisierung« trieb der Verein weitestgehend selbstständig voran. Dies war zum einen der Tatsache geschuldet, dass bei antisemitischen Maßnahmen innerhalb des VDCh kaum internationaler Widerstand zu erwarten war. Andererseits trug gerade die Haltung des parteilosen, jedoch regimetreuen Vorsitzenden Paul Duden zur raschen ideologischen Unterordnung bei. Interessant erscheint im Zusammenhang mit der »Arisierung« des Vereins, dass bis heute kein Schreiben nachweisbar ist, in dem einem jüdischen Mitglied die Mitgliedschaft offiziell gekündigt worden wäre. Der Verein verfuhr in dieser Frage geschickter, administrativ perfider: Im Mai 1936 verankerte der VDCh satzungsmäßig, dass alle Mitglieder fortan Reichsbürger (analog zu den antisemitischen »Nürnberger Gesetzen«) sein müssten. Im darauffolgenden Jahr versandte der Verein ein Schreiben, in dem er seine Mitglieder aufforderte, einen Fragebogen zur Reichsbürgerschaft zu beantworten. Allen Mitgliedern, die nicht antworteten, wurde der Mitgliedsausweis mit nochmaliger Aufforderung den Fragebogen umgehend zu beantworten, zurückgesendet. Sofern keine Antwort erfolgte, wurde das Mitglied kurzerhand aus der Kartei gestrichen.

In der DChG waren vierzig Prozent der Mitglieder Ausländer. Ein erheblicher Teil war jüdischer Herkunft. Deren rascher und kompromissloser Ausschluss hätte daher dem Ansehen der Gesellschaft im Ausland massiven Schaden zugefügt. Wenn Maier die Handlungsspielräume chemischer Gesellschaften auslotet, zeigt er, dass der »Arisierungsprozess« in der DChG deutlich langsamer voranschritt als in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Selbst Rüstungsminister Fritz Todt war hier zeitweise zu Kompromissen bereit, stand doch nicht nur Ansehen, sondern bares Devisenvermögen zur Disposition. So erfolgte bis Ende 1937 kein Ausschluss der »nichtarischen« deutschen Mitglieder und keinerlei Anwendung »rassischer« Kriterien auf ausländische Mitglieder. Als im März 1941 eine Anweisung erfolgte, die Satzung dahingehend zu ändern, dass außerordentliche Mitglieder die Voraussetzungen des Reichsbürgergesetzes zu erfüllen hätten, setzte die DChG dies nicht um. Erst ab September 1944 sah sie sich gezwungen, die Satzung neuzufassen.

Die Verzögerung der »Arisierung« als widerständiges Verhalten auszudeuten, wäre dennoch gänzlich verfehlt, wie Maier unmissverständlich verdeutlicht. Im Falle der chemischen Gesellschaften baute die nationalsozialistische Führung

auf fachliche Expertise. Dieser gab sie grundsätzlich den Vorrang vor der Parteizugehörigkeit. Einige Grundbedingungen der Gleichschaltung wie die Besetzung mit NS-Kadern und das Führerprinzip wurden teilweise zugunsten des Spezialistenprinzips staatlicherseits, also durch die NS-Führung selbst, ausgesetzt. Die NS-Machthaber standen vor dem Problem, dass sich 1933 in ihren Reihen kaum geeignetes chemisch versiertes Personal mit Führungsqualitäten befand. Die Gleichschaltung sollte ohne Eingriffe von Außen den Vereinen überlassen bleiben. Dies bedeutete letztlich auch ein Ende der regionalen NS-Chemikerschaften, die gegen konservative Vereinsführungen opponierten.

Der Eintritt vieler Chemiker in die NSDAP spiegelte, so Maier, grundsätzlich persönliche Überzeugung wider. Ohne Parteibuch sei eine Karriere innerhalb der Chemikerzunft ohne Weiteres möglich gewesen. Der Vorrang fachlicher Kompetenz vor Parteizugehörigkeit habe der Autarkiepolitik, Kriegsvorbereitung und Rüstungsforschung enorme Erfolge beschieden, da sich die Chemiker weitestgehend widerstandslos gleichschalteten und ihre Kraft in den Aufbau setzten. Die enormen Handlungsspielräume hätten die Chemiker jedoch im Grunde kaum zu widerständigem Verhalten genutzt.

Den einzigen mit gewisser Beharrlichkeit vorgetragenen Widerstand leisteten die Chemiker bei dem Versuch der Eingliederung in den Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik (NSBDT, bis 1936: NS-Bund Deutscher Techniker).

Wird nun nach der Relevanz der Arbeit des VDCh für die Rüstung gefragt, so sind die Fachgruppen in den Fokus des Betrachters zu rücken. Der Arbeit des VDCh war bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Fachgruppen organisiert. Im Dritten Reich wurde ihre Zahl, Art und ihr Umfang den Erfordernissen der Autarkiepolitik, der Kriegsvorbereitung und dem Prinzip einer verbandsübergreifenden Arbeit angepasst. Die enge Verzahnung mit den militärischen Verantwortungsträgern gewährleistete die zügige Umsetzung rüstungsrelevanter Vorhaben. Von besonderer Bedeutung war für den VDCh die Kooperation mit dem Heereswaffenamt. Zudem wurden innerhalb des Nationalsozialistischen Bundes Deutscher Technik (NSBDT) Fachgruppen organisiert, die bestimmte rüstungsrelevante Bereiche abbildeten und personell eng mit den verschiedenen chemischen Vereinen verknüpft waren. Die Fachgruppen waren in Unterausschüsse gegliedert, die spezifische Bereiche der jeweiligen Forschung abdeckten.

Führt sich der Leser die militärischen Einsatzgebiete der jeweiligen Ersatzstoffe vor Augen, dürfte ihm die kriegsentscheidende Relevanz der chemischen Forschung rasch deutlich werden. Ohne Kautschukersatz (Buna) fuhr kein Lkw, ohne Lederersatz wäre die Stiefel- und Gasmaskenproduktion weit unter den erforderlichen Stückzahlen geblieben. Treibstoffgewinnung durch Kohleverflüssigung war bereits Mitte der 1920er Jahre entwickelt und gleichfalls für das Reich, das über keine relevanten Erdölvorkommen verfügte, kriegsentscheidend.

Die deutsche Kunststoffproduktion belief sich im Jahre 1943 auf mehr als 200 000 Tonnen, eine Menge, die von beiden deutschen Staaten zusammengekommen erst in den 1960er Jahren wieder erreicht wurde. Maier verweist auf die Vorbehalte, die seitens des Militärs zunächst gegenüber Kunst- und Ersatzstoffen bestanden. Oft jedoch erwiesen sich gerade Ersatzstoffe als qualitativ hochwertiger gegenüber ihren natürlichen Konkurrenten.

Bereits ab Mitte der 1920er Jahre existierte eine enge Kooperation zwischen der Reichswehr und der Chemikervereinigung bezüglich des Luft- und Gasschutzes, die in den 1930er und 1940er Jahren verstärkt wurde und sich in der Struktur der Fach- bzw. Arbeitsgruppen des VDCh niederschlug. Die DChG wurde ab 1935 »zu einem Teil des Kampfstoffkomplexes des Heereswaffenamtes« (vgl. Zusammenfassung S. 619–630). Konkret bedeutete dies die Schaffung eines Archivs für Gaskampfstoffe. Die DChG zeichnete verantwortlich für die Zusammenführung und Bereitstellung sämtlicher nationaler und internationaler Forschungsergebnisse und Literatur über chemische Kampfstoffe. Sie erreichte mit der Errichtung des Archivs für Gaskampfstoffe die Klassifizierung zum »W-Betrieb mit Betreuung Heer«. Der VDCh fungierte als Stellenbörse für chemische Fachkräfte. Die Mitarbeiter waren überwiegend uk-gestellt (unabkömmlich). Maier zeigt, dass es im Reich kaum eine andere Berufsgruppe gab, in der das Überleben im Krieg derart gesichert war. Während im Durchschnitt 16,5 Prozent der männlichen Gesamtbevölkerung ihr Leben verlor, waren es aus der gleichen Altersgruppe in der Chemikervereinigung 2,7 Prozent.

Maier legt eine Studie vor, die Maßstäbe setzt. Sie dürfte angesichts ihres immensen Faktenreichtums rasch zum institutions- und personalgeschichtlichen Standardwerk avancieren. Es ist ihr anzumerken, dass ein Naturwissenschaftler sie verfasst hat. Seitenweise unterbrechen Tabellen, Biografien, Nachweise den Fluss der Lektüre. Mag sein, dass Maiers geradezu positivistische Vorgehensweise kritisch betrachtet werden wird. Für denjenigen, der sich künftig mit der Verzahnung chemischer Forschung und Rüstung im Dritten Reich befasst, stellt seine Studie jedoch einen geradezu unerschöpflichen Fundus an Hinweisen bereit.